

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 139-2016
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.637

Eingereicht am: 09.06.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/in)
Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 08.09.2016

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Wie gut sind die Arbeitsbedingungen auf der Bahnhofwache für unsere Sicherheit?

Polizistinnen und Polizisten stehen insbesondere beim Dienst in der Stadt Bern vor immer grösseren Herausforderungen. Nebst den Vorfällen rund um die Reitschule und die Angriffe auf den Standort Waisenhausplatz machen auch zahlreiche Überstunden und Sondereinsätze, beispielsweise in Zusammenhang mit der Tour de France, den Polizeiberuf immer weniger attraktiv.

Nun ist noch ein neues Problemfeld in den Fokus gerückt: Die Arbeitsbedingungen auf der Bahnhofwache, die offenbar schlecht sind, wie im Zusammenhang mit Zwischenfällen zwischen der Polizei und einem mutmasslichen Täter ans Licht kam. Der Kanton Bern tut gut daran, rechtzeitig hinzusehen, dass die Polizei angesichts der immer schwierigeren Aufgabe, die sie zu bewältigen hat, auf angemessene Arbeitsbedingungen, insbesondere an den Brennpunkten, zählen darf.

Wenn sich ein Polizist, der sich elf Jahre lang nichts zu Schulden kommen liess und stets sehr gute Qualifikationen erhielt, von einem in der Zelle auf den Boden urinierenden Verhafteten provozieren lässt, wirft dies Fragen auf, die mit einer Freistellung nicht gelöst sind, sondern im Gegenteil den Arbeitgeber aufrütteln sollten. Offenbar wollte man mit der Freistellung einmal mehr in der Öffentlichkeit gut dastehen, statt sich hinter verdiente Mitarbeiter zu stellen. Auch wenn die finanzielle Situation des Kantons angespannt ist und die Zahl der Polizeistellen nicht so aufgestockt werden kann, wie es nötig wäre, sollte es im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen möglich sein, die Arbeitsbedingungen adäquat zu gestalten. Letztlich dient dies der Sicherheit aller.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass die Arbeitsbedingungen auf der Bahnhofwache mit ein Grund für die Vorfälle sein könnten, die zu einem Prozess gegen Polizisten geführt haben?
2. Hat sich der Regierungsrat ein Bild gemacht von den Arbeitsbedingungen auf der Bahnhofwache, namentlich von
 - a. den beengten räumlichen Verhältnissen
 - b. dem Fehlen von Tageslicht
 - c. der schlechten Belüftung
 - d. und der schlechten Beleuchtung?
3. Hat der Regierungsrat als Arbeitgeber geprüft, ob die räumlichen Erschwernisse durch andere Massnahmen wie längere Pausen oder häufigere Ablösung ausgeglichen werden?
4. Teilt der Regierungsrat die Besorgnis der Interpellanten, dass sich die schlechten Arbeitsbedingungen auch in Zukunft negativ auf die Polizeiarbeit und damit auf die Sicherheit auswirken könnten?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die Arbeitsbedingungen im Rahmen der engen finanziellen Möglichkeiten zu verbessern?

Begründung der Dringlichkeit: Die Arbeitssituation in der Bahnhofwache ist unwürdig und muss umgehend verbessert werden.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat